Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 7. April 1921 · Nummer 159 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 18,— M., für das übrige Ausland 24,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 36,— Mark.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Streik in England

Die Regierung lehnt die Verhandlungen ab

London, 6. April (Reuter).

Als die Bergleute sich einverstanden erklärten, morgen mit Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung zu Verhandlungen über ein Abkommen zusammenzutreten, glaubte man, daß sie die gestern von Lloyd George mitgeteilten Bedingungen für eine solche Konferenz annähmen. Heute abend erklärte Lloyd George im Unterhause, er habe soeben erfahren, daß der ausführende Ausschuß der Bergleute abgelehnt habe, die Leute an den Pumpen anzuweisen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, was eine der erwähnten Bedingungen war. Der Premierminister fügte hinzu, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei, und ermahnte die Bergarbeiterführer, ihre Entscheidung nochmals zu überlegen.

Das Unterhaus nahm darauf die Notstandsverordnungen in Verbindung mit dem Bergarbeiterausstand mit 270 gegen 60 Stimmen an.

Auch das Oberhaus hat die Notstandsverordnungen angenommen.

Somit ist noch unbestimmt, ob es überhaupt zu den beabsichtigten Verhandlungen, zu denen sich alle Parteien bereiterklärt hatten, kommen wird. Aus anderen Meldungen geht hervor, daß dieser Vorbehalt gegen die Verhandlungen, den Lloyd George verkündet hat, ursprünglich von den Unternehmern ausgegangen ist. Die Eisenbahner und Transportarbeiter stehen bereit, die Bergarbeiter zu unterstützen. Ihre endgültigen Entscheidungen aber haben sie in Erwartung der Verhandlungen einstweilen vertagt. Der Führer der Eisenbahner, Thomas, erklärte im Unterhaus, die Eisenbahner seien der Ansicht, wenn die Bergarbeiter unterliegen würden, so seien die Eisenbahner die nächste Verteidigungslinie. Die Zahlen seien überwältigend zugunsten eines Weitergreifens des Streiks. Die Bergarbeiter würden von der organisierten Arbeiterschaft unterstützt werden. Die Bergarbeiter würden und könnten die Hungerlöhne nicht annehmen und die Eisenbahner würden sie dabei unterstützen. Thomas schloß mit der Hoffnung, daß beide Parteien noch zusammengebracht werden könnten.

Auch im Oberhause wurde die Kohlenfrage erörtert. Lord Curzon hob in einer Rede den Ernst der Lage nachdrücklich hervor und sagte, sie könne noch ernster werden. Die anderen Mitglieder des Arbeiterdreibundes müßten noch entscheiden, und er zittere fast bei dem Gedanken daran, wie das Ergebnis sein könne. Es sei keineswegs undenkbar, daß England vor Ende der Woche einer Krisis gegenüberstehen könnte, die ebenso ernst sei, wie irgendeine Kriegskrisis. Der industrielle Streit könne sich zu einer nationalen Gefahr auswachsen, begleitet von Unordnung, Gewalt und Klassenkampf in akuter Form. Keine Regierung könne einer solchen Drohung nachgeben. Unter diesen Umständen werde die Regierung einen eigenen Sicherheitsausschuß bilden zum „Schutz der Gesellschaft vor Vernichtung". Curzon schloß, es seien reichlich Lebensmittel vorhanden, und die Organisation zu ihrer Beförderung stehe bereit. Es würden Maßnahmen getroffen zur Bereitstellung der notwendigen Kräfte, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Verteidigung der öffentlichen Gebäude. Die Regierung würde jede Gelegenheit ergreifen, die sich zur Versöhnung biete. Die Türen ständen offen unter der grundsätzlichen Bedingung, daß es eine Unterstützung der Kohlenindustrie nicht geben könne. Ein Nachgeben in diesem Punkte sei unmöglich.

Karl wieder in der Schweiz

Der Exkaiser Karl ist von seinem Ausflug nach Ungarn, wohin ihn die Sehnsucht nach dem Thron trieb, wieder in sein Exil nach der Schweiz zurückgekehrt. Nicht freiwillig, sondern mit sanftem Druck. Und der Druck kam nicht von Ungarn, sondern von außen. Man kann ruhig behaupten, daß ohne die entschiedene Stellungnahme der großen und besonders der kleinen Entente Karls Staatsstreich völlig geglückt wäre. Zu dieser Behauptung gibt das Verhalten der ungarischen Regierung während der Anwesenheit Karls in Ungarn und jetzt nach seiner Abreise den unwiderleglichen Beweis.

In der ungarischen Nationalversammlung gaben der Ministerpräsident Graf Teleki und der Minister des Aeußeren, Dr. Gratz, Aufklärung über Karls Abreise. In ihren Reden erscheint Karl als blütenweißer Unschuldsengel, während der Einspruch der Mächte als ungebetener und unberechtigter Eingriff in die innere Politik Ungarns scharf zurückgewiesen wird. Wie sehr die Regierung mit Karl sympathisierte, geht aus der Redewendung des Dr. Gratz hervor, daß durch die drohende Haltung der kleinen Entente ein Verbleiben des Königs auf dem Gebiete Ungarns leider nicht aufrechterhalten bleiben konnte. Schließlich gab es noch wahre Huldigungen für Karl im Parlament.

Das Bestreben der ungarischen Regierung und wohl auch Horthys ging einfach dahin, den König solange im Lande zu behalten, bis man ihm entweder auf unauffälligere Art oder durch militärische Ueberrumpelung zur Stephanskrone verhelfen konnte. Die Monarchisten haben sich diesmal verrechnet. In jedem anderen Lande müßte eine derartig kompromittierte Regierung abtreten. Im heutigen Ungarn ist alles möglich. Die Regierung wird bleiben, trotzdem sich einige ihrer Mitglieder des direkten Hochverrats schuldig gemacht haben. Das hat auch der Redner der Partei der kleinen Landwirte, der Abgeordnete Karl Rassay, in der Nationalversammlung ausgesprochen. Er erhob gegen die Regierung schwere Beschuldigungen. Jene, die Karl IV. nach Ungarn gebracht haben, bzw. dem Putschversuch nicht zuvorgekommen sind, müßten sowohl politisch wie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, und zwar deshalb, weil die Nationalversammlung sich das Recht vorbehalten hat, die Königsfrage zu lösen und die Putschisten gegen den Willen der Nationalversammlung gehandelt, also Hochverrat begangen haben.

Nach Prangins, seinem bisherigen Aufenthaltsort in der Schweiz, darf Karl nicht zurückkehren. Er hat seinen Aufenthaltsort vorläufig in Luzern genommen, wo er abwarten muß, was die schweizerische Regierung über seinen ferneren Aufenthalt beschließt.

Die kleine Entente will Garantien

EE. Paris, 7. April.

Nach dem „Petit Parisien" wird die kleine Entente neue Garantien dafür fordern, daß ein ähnliches Abenteuer wie das des Exkaisers sich nicht mehr wiederhole. Auch die Entwaffnung jener ungarischen Truppen, deren Zahl die im Vertrage von Trianon festgelegte übersteigen, wurde gleichfalls verlangt.

TU. Prag, 6. April.

Am Mittwoch fanden in Prag und Pilsen Massendemonstrationen der Sozialdemokratie gemeinschaftlich mit den Nationalsozialisten gegen die Rückkehr der Habsburger statt. In der Versammlung wurde die Notwendigkeit des Zusammengehens der beiden Parteien betont. Auch in Mährisch-Ostrau fand eine äußerst zahlreich besuchte Massenversammlung mit dem gleichen Thema statt.

Briand über Oberschlesien

Im französischen Senat erklärte Ministerpräsident Briand auf die bereits mitgeteilten Aeußerungen des Senators François Albert, die Angelegenheit Oberschlesiens sei durch den Vertrag in so klarer Weise geregelt, daß er nicht zugeben könne, daß Zweideutigkeiten vorhanden seien. Die Interalliierte Kommission habe nicht nur ein Gesamtergebnis festzustellen, sie müsse die Stimmen Gemeinde für Gemeinde in Betracht ziehen. Die Arbeit sei sehr schwierig und von langer Dauer, aber sie werde nun in zwei oder drei Tagen beendet sein. Wir verlangen die Ausführung des Vertrages, nicht mehr. Es kann keine Diskussion über den Geist und den Wortlaut des Vertrages geben. **Wenn Deutschland die Reparationsfrage mit der von Oberschlesien verbinden will, so kann das vielleicht sein Ziel sein, es ist aber nicht das unsrige. Wir werden uns nicht dazu hergeben. Wir wollen die Frage raschestens lösen.**

Der Ministerpräsident polemisierte sodann in außerordentlich scharfer Weise gegen das deutsche Memorandum an Amerika, das er als eine Verspottung der unglücklichen Bevölkerung der verwüsteten Gebiete bezeichnete.

Die amerikanische Politik

Die Note der amerikanischen Regierung an die alliierten Regierungen, die vor kurzem bereits die Presse beschäftigte, dann aber dementiert wurde, ist nun tatsächlich den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gesondert überreicht worden. Es wird darin, wie „Utd. Tel." berichtet, betont, die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert haben, könne diesen keines der durch den Krieg erworbenen Rechte rauben. „Es kann nicht in Frage stehen, daß das Recht über die deutschen überseeischen Besitzungen zu verfügen, nur durch die Siege der alliierten und assoziierten Mächte erworben wurde, und es muß angenommen werden, daß diese nicht geneigt sind, den Vereinigten Staaten das Recht der Teilnahme an den Früchten dieses Sieges zu bestreiten." Hinsichtlich des Mandates über die Insel Yap wird gesagt: „Es ist offenbar, daß der Völkerbund keinerlei Berechtigung besaß, Verfügungen zu treffen, die die Vereinigten Staaten binden können. Um so weniger kann die Bestätigung der Uebertragung des Mandates auf Japan und die Bestimmung der Mandatsbedingungen, wie sie der Völkerbundsrat im Dezember 1920 erließ, irgendeinen Einfluß auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten haben.

Anläßlich der Veröffentlichung dieser Note erklärte Unterstaatssekretär Fletcher, **sie bedeute die erste ausführliche Kundgebung hinsichtlich der von Harding in der Mandatsfrage eingeschlagenen Politik.** Die wichtigste darin enthaltene Feststellung sei, daß die Vereinigten Staaten **weder den Obersten Rate noch die Völkerbunde jemals irgendeine Berechtigung zugestanden hätten, Entscheidungen zu treffen, die auch die Vereinigten Staaten verpflichteten** und keinerlei Auftrag erteilt hätten, in ihrem Namen zu handeln. Demnach habe keinerlei Veranlassung für irgendeine Entscheidung vorgelegen, durch die die Rechte der Vereinigten Staaten irgendwie berührt wurden.

Der jetzt mitgeteilte Inhalt der Note entspricht im wesentlichen dem, was wir früher darüber mitteilten. Es bleiben somit auch alle Betrachtungen, die wir seinerzeit an diese Note knüpften, bestehen.

Neuwahlen in Italien am 15. Mai. Die „Tribuna" veröffentlicht einen Erlaß, in dem die Auflösung der Kammer ausgesprochen und die Neuwahlen auf den 15. Mai festgesetzt werden. Der Zusammentritt des Senats und der neuen Kammer soll zum 6. Juni erfolgen.

Der Machtkampf des Unternehmertums

Die Scharfmacher für den Lohnabbau

Wenn es einen Sinn hätte, an die Einsicht des Unternehmertums, an die manche naive Gemüter auch in Gewerkschaftskreisen glauben, zu appellieren, dann müßten die Unternehmerverbände angesichts einer so klaren und unwiderleglichen Beweisführung, mit der Bosch, Brentano und Zeiß die Vorteile einer kürzeren Arbeitszeit — wie wir kürzlich bereits erwähnten — dargelegt haben, ihren Kampf gegen den Achtstundentag verwandeln in einen gegen die Regierung gerichteten Kampf für ihn. Wenn es dem Unternehmertum auf eine Förderung und Gesundung der Volkswirtschaft ankäme, dann müßte es auch einsehen, daß hohe Löhne allein die Produktion zu beleben vermögen, weil sie die Kaufkraft der konsumierenden Massen steigern.

Aber es ist eine Illusion, zu glauben, daß das Unternehmertum geneigt ist, etwa gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen — wie wiederum naive Gemüter hoffen — planmäßige Vorkehrungen zur Förderung der Gesamtwirtschaft zu treffen. Das Unternehmertum kennt keine Gesamtwirtschaft. Es kennt nur den Vorteil und den Machtanspruch seiner Klasse und die Rentabilität des Betriebes. Beides gleichzeitig durchzusetzen, ist das Ziel ihrer menschenfreundlichen Bestrebungen.

Was für die Arbeitszeit gilt, gilt auch für den Lohn. Je günstiger die Arbeitszeit, je höher der Lohn, um so gefährlicher ist die aus quälender Not und endloser Fron zu einigermaßen menschlichem Dasein und Selbstbewußtsein erwachte Arbeiterklasse für die Machtstellung der Kapitalisten. Der Kampf der Scharfmacher um den Lohnabbau, eingeleitet in einer Situation, in der das Interesse der Gesamtwirtschaft einen erheblichen Lohnausbau erfordert, ist ein Machtkampf der Unternehmerklasse.

Aber Arbeitszeit und Lohn stehen noch in einem anderen Zusammenhang miteinander. Wie die Lohnberechnung nach der für das Stück aufgewandten Arbeitszeit erfolgt, was ganz unzweideutig beim Akkordsystem erkennbar wird, so zwingt die Form der Arbeitszeitberechnung nach Tagen oder Wochen allmählich zur durchgehenden Anerkennung analoger Lohnberechnungsformen. Der gesetzliche Höchstarbeitstag, die allgemein gültige gleiche Tages- oder Wochenarbeitszeit, würde nach einiger Zeit ungestörter Wirkung als Folge den Normaltagelohn oder Normalwochenlohn zeitigen, wenn auch nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmung, so doch — aus Ursachen der inneren Logik — auf Grund freier tariflicher Vereinbarung. So zieht eine Bindung die andere nach sich. Umgekehrt aber wohnt der Berechnung des Arbeitseinkommens nach Stundenlohn die Tendenz zu größerer Beweglichkeit in der Festsetzung der Arbeitszeit inne. Bei Verhandlungen über Erhöhungen von Stundenlöhnen erfahren die Gewerkschaften täglich, daß ihnen von den Unternehmern angeboten wird, die erstrebte Lohnsteigerung möge erreicht werden, indem die Arbeiter mehr Stunden pro Tag oder Woche arbeiten, ein Ansinnen, das bei Verhandlungen, denen Wochen- oder Tagelöhne zugrunde liegen, nur schwer vorgebracht und logisch begründet werden kann. Es ist kein Zufall, daß die Unternehmer gegenwärtig fast überall, wo Zeitlohn gezahlt wird, bemüht sind, die Tages- oder Wochen- in Stundenlöhne umzuwandeln. Und diese Erscheinung entsteht wiederum nicht aus betriebsökonomischen Erwägungen der Lohnrechnungsform, sondern sie steht in einem innigen Zusammenhang mit dem Streben nach allgemeinem Lohnabbau, und außerdem soll der Stundenlohn die Brücke bilden zur unauffälligen Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Einschmuggelung von Stundenlöhnen versuchen die Unternehmer im stillen bei den Verhandlungen mit den einzelnen Gewerkschaften. Den Kampf um den allgemeinen Lohnabbau führen sie offen, und mit dröhnenden Posaunenstößen ruft die Unternehmerpresse ihre Scharen zur Front. In ihrer Nr. 8 vom 20. Februar schrieb die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung":

„Wir stehen offenbar im Zeichen des Niedergangs der Preise unserer notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, und damit vor Aufgaben, deren Lösung mehr denn je ein enggeschlossenes Arbeitgebertum zur Voraussetzung hat. Die Arbeitgeberverbände werden in absehbarer Zeit mitgedrungen aus der Defensive in die Offensive übergehen müssen, wenn es gilt, aus dem Preisabbau die für unser Wirtschaftsleben notwendigen Konsequenzen zu ziehen und mit ihm den notwendigen Lohnabbau zu verbinden. **Eine geschlossene Front der Arbeitgeber mit einheitlichen Zielen** ist die unbedingte Voraussetzung für den Erfolg."

Die eine der „beweiskräftigen Waffen", deren sich das Unternehmertum bedient, beruht auf einer Legende. Wir meinen die Behauptung vom allgemeinen Preisabbau. Wir brauchen nicht erst zu beweisen, daß das Existenzminimum der Arbeiter und Angestellten weder vor Wochen erreicht war, noch heute gegeben ist, nachdem die Preise für einige Waren unbedeutend gefallen, für andere dafür gestiegen sind. In nächster Zeit aber werden die Löhne und **Gehälter dem Existenzminimum noch viel weniger gleichkom-**

men, denn weitere Preissteigerungen stehen infolge der Habgier der Agrarier und der Liebesgabenpolitik der unternehmertreuen Regierung in naher Aussicht. Das Unternehmerblatt mag in der Behauptung vom unerreichten Existenzminimum ein Schlagwort sehen. Wir berufen uns auf die von zahlreichen objektiven Beobachtern bestätigte Tatsache des erschreckend traurigen Gesundheits- und Bekleidungszustandes der Arbeiterkinder und auf andere ebenso täglich sichtbare Erscheinungen, die wir nicht erst einzeln anzuführen brauchen. Sie genügen, um jene hämische Redensart des Unternehmerblattes zurückzuweisen.

Aber andere „beweiskräftige Waffen" bietet die Wissenschaft dem Unternehmertum. Wenigstens eine gewisse Wissenschaft. So behauptet Professor Adolf Weber in der zweiten Auflage seines Buches „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit" folgendes:

„Bei dem Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung haben wir es gewissermaßen mit einem Gesetze des abnehmenden Ertrages zu tun: solange die Arbeiter nur soviel oder gar weniger bekommen, als zur physischen Existenz unumgänglich notwendig ist, mag ein Plus an Lohn die Leistung wesentlich steigern. Je größer das Mehr aber wird, je weiter sich inzwischen die Lohnhöhe vom Existenzminimum entfernt, um so weniger wird die Leistungsmöglichkeit sich steigern, selbst wenn der nötige Wille dazu vorhanden sein sollte."

Der Herr Professor bestätigt also, daß eine hart an der Grenze der Verelendung dahinstechende Arbeiterschaft das geeignetste Objekt für die kapitalistische Ausbeutung ist. Womit er ganz den Wünschen der Unternehmer entspricht und vollkommen bestätigt, was wir früher ausgeführt haben. Was Weber als den befriedigendsten Zustand schildert, ist in der Tat das Ziel der machtlüsternen Kapitalistenklasse.

Um ihr Begehren zu begründen, häuft die „Arbeitgeber-Zeitung" einen Unsinn auf den anderen. So schreibt sie an einer anderen Stelle des oben zitierten Artikels:

„Aber noch etwas anderes zwingt uns, die Lohnbremse stärker als zuvor anzuziehen. Die Pariser Versklavungsbeschlüsse mit ihren 12 Prozent Ausfuhrabgaben pochen an unsere Tür. Soll Deutschland wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkte bleiben, müssen wir billiger produzieren, und auch hier wird die Frage der Ersparnis an Lohn akut."

Volkswirtschaftlich ist das blanker Unsinn. Politisch aber heißt es, daß die Arbeiterschaft durch das deutsche Unternehmertum versklavt werden soll, damit sie nicht die Kraft gewinne, die Kosten der Kriegsschäden abzuwälzen auf die hohen Einkommen. Auf Kosten der Freiheit und des Lebensspielraums der Arbeiterklasse soll der Krieg der Schieber und Wucherer bezahlt werden. So sieht die nationale Einheitsfront von dieser Seite betrachtet aus!

Und welche Mittel denken die Herrschaften zur Anwendung zu bringen, um dieses edle Ziel zu erreichen? Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" plaudert auch das aus. — Die preußischen Wahlen haben die Unternehmer mit neuen Hoffnungen erfüllt. Sie haben die Möglichkeit einer bürgerlichen Regierungsmehrheit ergeben, und an sie stellt nun das organisierte Scharfmachertum seine Forderungen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" schreibt in ihrer Nr. 9:

„Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Reichsregierung bei den Londoner Besprechungen nicht mit allen Mitteln der Entente klar zu machen versuchte, daß sie ohne ausreichende Machtmittel gar nicht in der Lage ist, geordnete, wirtschaftliche Verhältnisse bei uns herbeizuführen und damit die Grundlage dafür zu schaffen, daß wir überhaupt etwas zahlen können."

Also nicht nur die ökonomischen Machtmittel der Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften will diese Gesellschaft in Anwendung bringen, um die angeblich drohende Versklavung von außen zu ersetzen durch eine Versklavung der Arbeiter im Innern, sondern die gesamten Gewaltmittel des Klassenstaates, den sie in ihrer vollen Schönheit und ausgestattet mit allen Merkmalen seines Wesens wiedergekehrt sehen will. Bureaukratie, Polizei und — „Selbstschutz" sollen helfen, die Arbeiterklasse endgültig zurückzustoßen in den Abgrund hilfloses Helotentums. Und zum Trost wird der Entente gesagt, daß mit einer Verstärkung der bewaffneten Macht ja nur die Grundlage dafür geschaffen werden soll, „daß wir überhaupt etwas zahlen können". Die Angst der Entente, wir wollten einen Krieg führen, sei lächerlich. Brutalität und Feigheit machen also das Wesen dieser Kreise und ihrer Politik aus. Mit allen Mitteln, selbst mit dem einer solchen Erniedrigung vor den angeblichen Feinden der Nation, führt das Unternehmertum seinen Machtkampf gegen die Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse hat daraus zu lernen, daß sie ihren Klassenkampf geschlossen und auf allen Gebieten und bei allen Gelegenheiten zugleich führen muß. Auch sie kann den wirtschaftlichen Kampf nicht trennen von der Verfolgung ihrer politischen Ziele. Auch sie muß politische Macht erringen, um ihre ökonomischen Zwecke durchzusetzen. Auch sie darf nicht den geringsten Teil ihrer Geschlossenheit und ihrer Grundsätze preisgeben, um kleine Augenblickserfolge durchzusetzen. Auch die Gewerkschaften haben den Klassenkampf zu führen, in Reih und Glied mit dem internationalen revolutionären Sozialismus.

Die Kohlen-Liebesgabe

Zu den Angriffen auf die Regierung wegen der von ihr genehmigten Kohlenpreiserhöhung versenden Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium eine längere Zuschrift an die Presse, die den Versuch macht, die Vorwürfe zu entkräften. Der Hauptvorwurf, daß eine neue Erhöhung für die Verbilligung von Lebensmitteln der Bergleute bewilligt worden ist, obwohl bereits früher den Zechenindustriellen dafür eine erhebliche Erhöhung zugestanden war, wird aber nicht nur nicht entkräftet, sondern ausdrücklich bestätigt. Lediglich über die Höhe dieses Zuschlages werden andere Angaben gemacht. Sie soll nicht 15 M., sondern nur 8,50 M. betragen haben, während 6,50 M. auf Materialpreiserhöhung entfielen.

Diese Darstellung läßt also ganz zweifelsfrei erkennen, daß, obwohl das Unterschichtenabkommen gegenwärtig nicht besteht, nicht nur die früher dafür gewährte Zulage bestehen geblieben ist, sondern auch noch eine neue dazu bewilligt wurde. Das ist in der Tat nichts anderes, als eine Liebesgabe an die Kohlenindustriellen. Denn wenn auch die Regierung meint, bei einer dauernden Einstellung der Ueberschichten würden die Voraussetzungen für den Preisaufschlag fortfallen, und es würde die Möglichkeit entstehen, den Kohlenpreis wieder herabzusetzen, so darf doch wohl billigerweise bezweifelt werden, ob das die Regierung so schnell vornehmen wird, als sie jetzt die Erhöhung zugestanden hat. Aber selbst wenn sie das tun würde, so würde die Tatsache bestehen bleiben, daß für die Zeit, wo die Ueberschichten nicht verfahren werden, her für die Arbeiter bestimmte Lohnaufschlag in die Taschen der Kohlenindustriellen geflossen ist.

Allein diese Gründe, zu denen noch eine ganze Reihe von anderen kommen, machen das Verhalten der Regierung zu einer schweren Schädigung der öffentlichen Interessen. Der dafür verantwortliche Reichswirtschaftsminister Scholz scheint eben den Beweis liefern zu wollen, daß er für die „Nöte der Zechenindustriellen" volles Verständnis hat.

Daß die Bergwerksunternehmungen auch im Jahre 1920 außerordentlich günstige Ergebnisse erzielt haben, geht aus ihren Abschlüssen deutlich hervor. Gegenüber der Behauptung der Bergwerks-Akt.-Ges. Consolidation, daß der Kohlenbergbau für die beträchtlichen, ihnen zwangsweise auferlegten Lohnerhöhungen keinerlei Ausgleich gefunden habe, erklärt deshalb das „Berliner Tageblatt":

„Der Abschluß des Unternehmens ebenso wie die meisten übrigen Abschlüsse aus der Kohlenindustrie können nicht gerade als Bestätigung dieser Behauptungen bezeichnet werden. Es stiegen nämlich die Roheinnahmen von 11,70 auf 54,88 und die Gesamtausgaben von 8,79 auf 49,18 Mill. M. Darunter befinden sich diesmal an wirtschaftlichen Beihilfen 16,75 Millionen Mark (im Vorjahre 0), an Abschreibungen von 4,12 Mill. M. (2,50) bei Gesamtzugängen von 5,31 Mill. M. und an Rücklagen für schwebende Bergschädenansprüche von 5 Mill. M. (0,5). Der Ueberschuß stellt sich auf 5,99 Mill. M. (3). Daraus wird eine Dividende von 25 Proz. gleich 5 Mill. M. (12 Proz. gleich 2 Mill. M.) gezahlt, wobei zu berücksichtigen ist, daß für 1918 22 Proz. Dividende zur Ausschüttung gelangten.

Dieselbe Erscheinung, nämlich erhöhte Dividenden weisen übrigens alle Kohlenbergwerke auf, die bisher ihre Abschlüsse veröffentlicht haben. So hat der Essener Bergwerksverein König Wilhelm seine Dividende für die Stammaktien von 12 auf 20 Proz., die Arenbergsche Akt.-Ges., die ihrige von 15 auf 23 Proz. erhöht. Wenn trotz angeblich verlustreicher Kohlenpreise im letzten Teil des Jahres 1920 derartige Gewinnerhöhungen für das ganze Jahr erzielt werden konnten, so folgt daraus, daß die Kohlenpreise im ersten Teil des Jahres nicht nur hinreichend, sondern zu hoch gewesen sein müssen, denn sonst hätten die Ausfälle des zweiten Halbjahres aus ihnen nicht so reichlich ausgeglichen werden können.

Gegen die Sondergerichte

Beschluß der Halleschen Gewerkschaften

Eine vom Vorstand des Gewerkschaftskartells in Halle einberufene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände des Halleschen Bezirks, beschäftigte sich am Montag mit dem Kommunistenputsch und seinen Folgen. In dem Referat des Vorsitzenden Hesse wurde eine Resolution erwähnt, die von einer Bergarbeiterversammlung in Helbra und außerdem von einer Funktionärkonferenz angenommen worden ist. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die heute am 3. April 1921 in Helbra tagende Bergarbeiterversammlung verurteilt auf das schärfste die kommunistische Irreführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verbrecherische Gesindel, das durch Rauben, Plündern, Morden das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit der Kommunistischen Partei entschieden von sich, nachdem diese offen dazu aufgefordert hat, die Funktionäre der S. P. D., U. S. P. D. und der Gewerkschaften zuerst totzuschlagen und somit in roher Weise den Klassenhaß gegen die eigenen Arbeitsgenossen gepredigt hat. Sie erklärt ferner, in Zukunft nur den Anweisungen der freien Gewerkschaften und den Betriebsräten, die die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennen, Folge zu leisten."

In der folgenden Aussprache wurde vor allem festgestellt, daß die kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften bisher nur eine Stärkung der gegnerischen Gewerkschaften und ein Wiederaufleben der gelben Werkvereine zur Folge gehabt hat.

Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach der kommissarische Kartellverband beauftragt wird, bei dem A. D. G. B. vorstellig zu werden mit dem Ersuchen, dahin zu wirken, daß die Sondergerichte aufgehoben und die Straftaten den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung überwiesen werden.

Somit wird die Forderung, daß die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften Schritte zur Aufhebung der Sondergerichte unternehmen mögen, auch von den Gewerkschaftsfunktionären der von dem Putsch und seinen Folgen am stärksten heimgesuchten Gegend unterstützt. Auch sie verbinden mit ihrer Verurteilung der kommunistischen Putschtaktik den Abscheu vor den Sondergerichten. Da die Vorstände des A. D. G. B. und des Afa-Bundes zusammentreten wollen, um zu dieser Forderung Stellung zu nehmen, wie aus der Notiz hervorgeht, die wir an der Spitze des gewerkschaftlichen Teils der Morgenausgabe veröffentlicht haben, möchten wir ihnen auch diesen Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre des Bezirks Halle in Erinnerung bringen. Er zeigt aufs neue, wie notwendig eine Beschleunigung der Schritte der Spitzenkörperschaften ist.

Rechtssozialisten gegen die Ausnahmegerichte

Die sozialdemokratischen Parteien und das Gewerkschaftskartell Altenburg haben in einer Eingabe an den Reichspräsidenten, an die Reichsregierung, an die Landesregierung von Thüringen und an die Gebietsregierung von Altenburg gegen die Sondergerichte Stellung genommen. Die Eingabe verurteilt die letzten Vorgänge entschieden, warnt aber nachdrücklich vor den Ausnahmegerichten, von denen sie befürchtet, daß ihre Urteile aufs neue Stoff zu Unruhen geben. Mit Recht sagt die Eingabe: Was jetzt vorgenommen werden soll, dürfte mit Rechtsprechung nichts mehr zu tun haben, läuft auf Rache hinaus und erbittert die Massen. Die Eingabe fordert sodann, daß die Richter nicht die Tat, sondern die Motive zur Tat werten und alle Mitläufer, die sich nur dem Zwange gebeugt haben, straffrei ausgehen lassen.

Das Symboldrama

Barlach: Die echten Sedemunds

Die echten Sedemunds, von Ernst Barlach, die Jeßner im Staatstheater in einer sehenswerten Aufführung herausgebracht hat, gehören in die Reihe des modernen, nicht leicht verständlichen Symbol-Dramas. Vielleicht ist das Symbol-Drama die neue Form des Dramas überhaupt. Das Drama mit geschlossener Handlung und einem Zentralkonflikt zwischen zwei Personen (Beispiel: Er liebt sie, sie einen andern) scheint erschöpft. Das Drama, das nicht zwei Menschen, sondern Mensch und Welt gegenüberstellt, das Theater der Symbole und Phantasien, tritt an dessen Stelle. Eine Linie geht vom Faust 2. Teil zu Ibsens Peer Gynth, zum Traumspiel und der Damaskus-Trilogie von Strindberg, zur Franziska, dem weiblichen Faust von Wedekind, zu Kokoschka, Kornfeld, Barlach. Das Symbol-Drama ist das eigentliche Ideal der Expressionisten-Literaten. Zu Unrecht ist es in den Theater-Niederlagen der Hasenclever, Wangenheim, Zech begraben worden. Das expressionistische Symbol-Drama, die neue Kunst überhaupt, ist nicht im geringsten mit dem ohnmächtigen Gekreisch jener Klique indentisch, die den Trick gebraucht hat, sich junge Generation zu nennen, um die alte ins Bockshorn zu jagen. Der Expressionismus hat in Malerei und Plastik Starkes geschaffen und wirkt auch auf das breite Publikum, wie der Massenbesuch des Kronprinzen-Palais beweist. In der Literatur wurde er (lange nach Strindberg, der ihn vorweggenommen hatte), von stilsüchtigen Aesthelen, die nichts zu sagen haben, mechanisch auf die Sprache übertragen. Das Ergebnis (Kaiser, Sternheim, ihre Affen, Flakes und Edschmidts) ist ein Greuel. Man darf nur nicht die Talentchen, die sich gegenseitig lancieren, Verlegern, Zeitschriften und Tageskritikern bange machen und die urteilslose Oeffentlichkeit mit ihrem Reklamegeschrei terrorisieren, für die Träger des Neuen halten. Gerade das Symbol-Drama beansprucht Männer, die die Welt tief fühlen und daher in Sinnbildern erleben können. Nur im starken Symbol-Drama hört das Unverständliche auf, uns zu beunruhigen. Das Wirre wird in seiner Wirrheit klar. Man fühlt: so ist es; und fragt nicht mehr nach den Zusammenhängen.

Ich will nicht sagen, daß es uns so mit dem ganzen Drama von Barlach ergeht, aber in den letzten Szenen ist das Geschehen so tief und stark, daß auch die Teile des Publikums, die auf der Lauer lagen, um zu lachen, in Schweigen versanken und der Bann eines dramatischen Ereignisses offenbar wurde.

Die große Szene, in der dies geschieht, ist menschlich die wertvollste, dichterisch nicht die eigenste des Stückes. Der alte Sedemund tritt ähnlich dem alten Hummel in Strindbergs Gespenster-Sonate an die Personen des Stückes, die in einer alten Kapelle vereinigt sind, heran, und zeigt, wie jeder ein Sünder, ein Unglücklicher, ein von Haß, Neid und Lebenssehnsucht zerrütteter Mensch ist, der eine Hölle in sich trägt und deshalb um sich schafft. Es ist, als ob das Enthüllen die Enthüllten befreit hätte. Nicht enthüllt, nicht erlöst werden die Lauen, die keine Triebe, sondern nur gewöhnliche Gier, keine Laster, sondern nur pharisäische Ehrbarkeit kennen, die Gierbahn und Ehrbahn. Die andern treibt der Dämon und enthüllt sie.

Welcher Dämon treibt in diesem Drama? Grude, der aus dem Irrenhaus in die Welt kommt, um aus der Welt ein Irrenhaus zu machen, sprengt das Gerücht aus: ein Löw' ist frei. Hei, was es für ein Durcheinander gibt. Nie zeigen sich die Menschen unverhüllter als wenn sie Angst haben, wenn etwas Absonderlich-Gefährliches in ihr Leben tritt. Barlach zeigt das Innere einer ganzen Galerie von Menschen an ihrem Verhalten zum ausgebrochenen Löwen. Die Masse teilt sich in zwei stumpfe Hälften. Die eine bleibt am Biertisch, taub und blind, die andere gafft und schreit und tut nichts. Nur die Dümmsten wollen gleich den Löwen töten, um den Eindringling in ihr Philisterium los zu werden. Der Schneider Mankmoos, der Geld daran verdienen könnte, steht rührend und ohne Geschäftssinn daneben. Die einen schauen schweigend, die andern lächelnd den Menschen zu, die das Löwenmärchen gepackt hat. Die einen benutzen den Trubel zu sündigen, die andern zu spötteln oder weiter ihre Musik zu machen. Und durch sie alle schweben unkörperlich hold die beiden blonden Frauen des Stückes hin, Sabine (gelähmt und lebenssüchtig wie Lisa in den Karamasows) und Frau Grude, die auch in diesem Augenblick nichts als ihr Herz und ihr Kind im Leibe, nichts als den Mann und die Liebe kennen.

Ja, der Löwe hat sie alle enthüllt. Und wie ein Ueber-Löwe tritt nun in der erwähnten Szene der alte Sedemund zu jedem hin und macht seine Sünden und Leiden offenbar. Nicht um die Enthüllten zu erniedrigen. Sondern weil ihm die Welt mit ihren Greueln und ihren Wonnen schön ist und alle Menschen nur der Trieb zum Leben lasterhaft gemacht hat. Lasterhaft aus Lebensdurst, lasterhaft bis zum Quälen und Morden sind die Sedemunds. Und so sind sie wohl alle die Menschen, die Sedemund in einem langen Gespensterzuge nach sich zieht, echte Sedemunds. Und wir wohl auch. Vielleicht alle außer Grude, der so voll beherrschter Dämonie ist, daß er das Leben entfesseln kann, ohne sich an ihm zu versündigen.

Ich gestehe, daß ich Zeit gebraucht habe, das krause Neben- und Nacheinander der Szenen zu fassen und auf die gerade Linie dieser Deutung zu bringen. (Daher erscheint diese Kritik später als die der andern Zeitungen. Aber wird die verantwortungsvolle Arbeit der Kritik an Lebenden nicht zur Farce, wenn sie schnell erfolgt, ohne Rücksicht darauf, ob das Erlebte verarbeitet ist?) Erst von rückwärts gesehen hellt sich das Drama auf. Zuerst entwickelt es sich wie eine absonderliche Schnurre, in der allerlei nebeneinander zu geschehen scheint. Die Szenen zucken abgerissen durcheinander. Aus der Kulisse schießen die Personen und schnellen zurück. Die Sätze klingen wie angelesen, scheinen den Figuren in den Mund geschoben und wachsen doch so tief in sie hinein, daß sie wie lebendige Worte aus ihrem Wesen wieder hervorblühen. Eine erquickende Lust am Einzelmenschen erfüllt das Werk. Als Holzbildhauer schafft Barlach grübelnde Menschen, die aus einer russischen Landschaft kommen, verwachsene Bauerntypen mit mongolischem Einschlag, die so schauen, als ob sie einem geheimnisvollen Raunen um sich lauschen würden. Diese Figuren haben die eigenartige Kraft, eine Art Raum um sich zu formen, in den hinein sie starren, hocken, lauschen. Eine ganz wunderbar plastische Wirkung. Als Dichter kennt Barlach diesen Typus nicht, seine dramatischen Personen wirken manchmal wie Provinz-Gespenster, bevor sie sich als Menschen entpuppen, die Sehnsucht und ein überlegener Humor geformt haben. Besonders die Frauen sind von einer bezwingenden weiblichen Anmut.

Die gelähmte Sabine, die immer schön und lächelnd, umschwärmt von Männern im Rollstuhl fährt, Frau Grude, die von Liebe und Mutterglück leuchtet, die kleine 10jährige Mankmoos, die für Vater und vier Geschwister sorgt: schon lange hat kein Dichter im Darstellen so mannigfacher Weiblichkeiten seine Künstlerhand gezeigt.

Mag die Szenenfolge nicht zwingend, das Symbolische nicht klar genug, die Bindung zwischen der Löwen-Komödie und dem Sedemund-Drama zu lose sein: im Ganzen erquickt ein Künstler, der nach all den grünen Jungen der Literatur ein Mann ist, der etwas erlebt hat und damit ringt, aus seinem Weltgefühl, seiner Menschenliebe und Menschennot Kunst zu machen.

Jeßner war der geborene Regisseur des Dramas. So wenig wie bei Barlach ist sein Expressionismus literatenhaft. Die Aufführung war dadurch vor den Fehlern behütet, daß das Tempo überhetzt, aus der Karikatur eine gehässige Satire gemacht würde. Die durcheinanderwirbelnden Auftritte flogen wie an eine Schnur gereiht vorbei. Es wäre aber richtiger gewesen, dem Bühnenraum weniger Tiefe zu geben. Pirchan traf den Ton als Bühnenmaler genau. Jahrmarktsuntheit ohne Grellheit. Jeßners Kultur des Wortes gab der eigentümlich dünnen, aber doch bodenständigen Sprache Barlachs eine temperamentvolle Deutlichkeit, ohne (was auch ein Fehler gewesen wäre) das Wort zu voll zu runden. Das schauspielerische Material war glänzend zugeschliffen. Die Kultur der Regie hat einen Körperstil erzielt, der dem Sprechen entspricht. In den kleinen wichtigen Rollen war buntes Leben verstreut. Ich nenne besonders: Ernst Legal, Martin Wolfgang, Hermann Pfanz, Albert Patry. In den großen Rollen war beste Schauspielkunst nicht immer richtig angewandt. So bestätigte Rudolf Forster eine auffallende Fähigkeit, über den Dingen zu stehen und mit ihnen zu spielen. Zum Grude fehlt ihm aber saftige Lebensfrische und Uebermut. Das wäre eine Rolle für Bassermann vor 15 Jahren gewesen! Lothar Müthel gehörte nicht in diese Welt. Er bleibt

Am selbstgedrehten Strick

Die „Feuerbestattung" der V. K. P. D.

Es scheint, als sollte die V. K. P. D. selbst das Opfer der Moskauer Bedingungen und Methoden werden. Nachdem sie sich eben noch zum Instrument der Spaltung unserer Partei gemacht hat, frißt das Gift der Spaltpilze nun bereits an ihrem eigenen Leibe. Nachdem sie die Illegalität zum wichtigsten Machtmittel des Kampfes der Arbeiterklasse erklärt hat, muß sie erleben, daß Teile ihrer Anhänger das Mittel des illegalen Kampfes gegen die eigene Partei nicht scheuen. Unter dem Titel „Vereinigung für proletarische Feuerbestattung" hat sich in der V. K. P. D. eine Opposition gebildet, die ihre Spitze gegen die eben noch heiliggesprochene strenge militärische Disziplin und gegen die zum Cliquenunwesen gesteigerte Führerwirtschaft in der Partei richtet, die aus jener willenlose Unterordnung fordernden „Disziplin" notwendig entstehen mußte. Diese Opposition hat an ihre Gesinnungsfreunde ein Rundschreiben verschickt, das alle Zeichen strengster Vertraulichkeit deutlich zur Schau trägt. Der „Vorwärts" ist in der Lage es abzudrucken und wir geben nachfolgend den wesentlichen Inhalt des Schreibens wörtlich wieder. Es heißt dort:

„Seit dem achtwöchigen Bestehen der V. K. P. D. sehen wir in dieser Partei eine **zunehmende Opposition**. Die Opposition in Berlin und Norddeutschland erstreckt sich lediglich auf theoretische Spintisiererei. Die Oppositionen richten ihr Augenmerk nicht auf den wesentlichen Punkt, darum wird die Masse dieser Opposition ziemlich kalt gegenüberstehen. Die Opposition für Rheinland und Westfalen sieht ihre Aufgabe vorläufig nicht in theoretischen Auseinandersetzungen, sondern ihr **Kampf gegen die zunehmende Parteibureaukratie** wächst von Tag zu Tag, ohne daß die revolutionären Massen einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge haben. Die V. K. P. D. macht eine Entwicklung durch, welche die Sozialdemokratische Partei in Jahrzehnten durchgemacht hat, nämlich daß **die Macht mehr und mehr aus den Händen des revolutionären Proletariats gleitet und in die Hände der Parteibureaukratie kommt.** Die Besetzung der Stellen als Sekretär und Redakteur lag nicht in den Händen des revolutionären Proletariats, sondern die Posten wurden in Sondersitzungen durch die Clique verteilt. Die Masse spielte bei den Wahlen lediglich Staffage..... Im besonderen sah man bei der Besetzung auf die **opportunistische Zuverlässigkeit.** Sehr deutlich kam der Opportunismus zum Vorschein bei der Besetzung der Kandidaturen der Landtagswahl. **Die Masse wußte gar nicht, wie die Liste für die Landtagswahl zustande gekommen ist.....**

Sie müssen zuerst den **Kampf gegen die bureaukratische Clique,** die aus dem Spartakusbund und der V. K. P. D. kam, führen. Die Clique hatte ihre Führung in den Personen Schönbeck, Franken, Eppstein, Düwell und Graul und sie erscheint uns am gefährlichsten, weil die Masse von ihnen glaubt, daß sie die Revolutionäre seien, weil sie früher im Spartakusbund waren. Nicht weniger gefährlich aber für die Masse zu sehen ist **die rechte Seite der Partei,** die unter der Führung steht von Braß und Grütz aus Remscheid, Teuber aus Bochum und Werner aus Essen. Letzterer ist die linke Hand Stöckers.

Wie können wir Linken gegen die rechtsstehenden Elemente und den Sumpf den Kampf führen? In größeren Städten wie Essen und anderen müssen wir Mitgliederversammlungen für den ganzen Ort erzwingen. In den Mitgliederversammlungen muß die Presse zur prinzipiellen Stellung gezwungen werden. Alle Neuwahlen von Redakteuren und Sekretären und alle Besetzungen der Mandate müssen in den Mitgliederversammlungen debattiert werden. Personenfragen sind Fragen des Systems. In Zukunft müssen alle Mandate, welche von der Partei vergeben werden, in den Mitgliederversammlungen besprochen werden.

Die Freunde von der Feuerbestattung müssen sich im Kampfe die Funktionärposten erringen und die Feuerbestattung muß die Seele der Partei werden. Wir dürfen die Arbeiter, welche aus der früheren U. S. P. D. gekommen sind, nicht abchstoßen, sondern wir müssen versuchen, diese Arbeiter zu uns herüberzuziehen, und müssen versuchen, Opportunisten zu trennen. Den Prozeß, den Moskau mit Crispien, Hilferding und Ledebour begonnen hat, indem es diese von der Masse trennte, müssen wir in der Partei fortsetzen, indem wir **alle Opportunisten von der Masse trennen.**

Der Umgestaltungsprozeß der Partei muß nicht von oben, sondern von unten geschehen und alle Posten, welche die Feuerbestattung besetzt, müssen **im Kampf erobert** werden. Es müssen alle vertrauenswürdigen Genossen auch in anderen Bezirken gesammelt und zu der nächstfolgenden Sitzung am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, nach der Wirtschaft Müller, Gußstahlfabrik Essen, Limbecker Straße 106, mitgebracht werden. Fleißiges Arbeiten für diese Sitzung ist unbedingt notwendig. Die Genossen müssen alle zur Stelle sein, da Bericht erstattet wird von der **Lage der Opposition in ganz Deutschland.** Wir lassen eine **Sammelliste vorlegen.** Mit dieser Sammelliste hast Du nur bei **vertrauenswürdigen Genossen** zu sammeln. Die Sammellisten müssen zur nächsten Konferenz mitgebracht werden."

Diese Leute gehen also gegen ihre eigene Partei mit den Mitteln vor, die sie von ihren Vorkämpfern in den Gewerkschaften gelernt **haben,** mit geheimen Sonderkonferenzen und eigenen Geldsammlungen.

Nun glaube man nicht, daß in diesem Widerstand gegen Führerdiktatur und Cliquenkorruption ein Zeichen beginnender Gesundung und Einkehr zu erblicken wäre. Die Tätigkeit der „Feuerbestattung" ist nur die Fortwirkung der Moskauer Zersetzungstendenzen, also ein Merkmal dafür, daß die von Moskau aus entfachten Kämpfe im Proletariat, die die Kampfeskraft der Arbeiterklasse lähmen, noch nicht abgeschlossen sind. Ueberdies sind sie ein Zeichen der himmelschreienden Konfusion in dieser Partei, die, wenn diese seltsame Opposition Erfolg hat, morgen verbrennen wird, was sie heute anbetete. Und wenn die „Rote Fahne" noch gestern schrieb, die V. K. P. D. habe bewiesen, daß sie führend im Kampfe vorangehen könne, so zeigt sich heute, daß das in einem Punkte allerdings vollkommen zutrifft: Führend ist die V. K. P. D. im Kampfe gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Es hat aber den Anschein, als sollte diese Partei selbst das nächste Opfer dieses Zerstörungskampfes, als sollte sie mit dem Strick erdrosselt werden, das sie selbst gedreht.

„Dr. Weyls Bekehrung"

Genosse Dr. Weyl sendet uns folgende Erklärung:

Gegenüber den Ausführungen des „Vorwärts"-Artikels mit der Ueberschrift „Dr. Weils Bekehrung" erkläre ich folgendes. Ich vertrat in jener Konferenz vollinhaltlich den Standpunkt der U. S. P., wie er in dem Aufruf des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg vom 5. April d. J. zum Ausdruck kommt. Die Teilnahme an dem Leichenbegängnis Sylts sollte auch ein Protest sein gegen den barbarischen Schießerlaß, gegen die Ausnahmegerichte und die Rachejustiz. Schließlich gegen die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Mitteledutschland. Ich erklärte ausdrücklich, daß unsere Partei damit auch abrücke von dem Aufruf der Kommunistischen Partei, wonach der Fall Sylt zu einer Generalstreikaktion aufgezogen werden sollte. Vollmershaus vertrat lediglich den Aufruf der Gewerkschaftskommission, der allerdings in einem Gegensatz zu der oben gekennzeichneten Stellung der Parteiorganisation stand.

Ich führte in meiner zweiten Rede aus, daß, wenn sich die städtischen Arbeiter selbst auf dem Standpunkt der Gewerkschaftskommission stellen sollten, immerhin wenigstens 75 Prozent der Belegschaft, bei den Elektrizitätsarbeitern bis zu 90 Prozent sich an der Aktion beteiligen könnten. Wie man daraus einen Widerspruch, eine Bekehrung konstruieren will, muß den Herrschaften der rechtssozialistischen Partei füglich überlassen werden, die nur den Grundsatz in jener Besprechung vertraten, daß ihre Partei etwaige Maßregelungen städtischer Arbeiter im Verfolg der beabsichtigten Aktion — gutheißen würden.

Rückgang der Förderung im Bergbau

Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes (einschließlich der linksrheinischen Zechen) stellte sich im Monat März nach den vorläufigen täglichen Anschreibungen in 25 Arbeitstagen auf 7 430 000 Tonnen. Erfahrungsgemäß erhöht sich diese vorläufige Schätzung bei den endgültigen Feststellungen um etwa 200 000 Tonnen, so daß mit einer Förderung von rund 7,63 Millionen Tonnen oder arbeitstäglich 305 200 Tonnen zu rechnen ist. Im Monat Februar betrug die Gesamtförderung in 24 Arbeitstagen 8 174 606 Tonnen oder arbeitstäglich 340 609 Tonnen, mithin ist ein Rückgang um etwa 35 000 Tonnen arbeitstäglich zu verzeichnen. Diese Minderförderung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß seit dem 13. März keine Ueberschichten mehr verfahren werden. In der zweiten Hälfte des Monats März hat sich der Rückgang in der arbeitstäglichen Förderung sogar auf etwa 45 000 Tonnen belaufen.

Aufhebung der Immunität

Die Hamburger Bürgerschaft beschloß gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten die Aufhebung der Immunität für drei kommunistische Abgeordnete der Bürgerschaft, die vom Staatsanwalt wegen Beteiligung an den Aufruhr am 23. März verfolgt werden. Die Kommunistin Ketty Guttmann versuchte, die Abstimmung durch eine Obstruktionsrede hinauszuschieben; ihr wurde jedoch das Wort entzogen.

Arbeiterschutzgesetzgebung in der Schweiz. Um die schweizerische Gesetzgebung den Beschlüssen der internationalen Arbeitskonferenz von Washington anzupassen, nahm der Nationalrat ein Bundesgesetz an, welches die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in gewerblichen Betrieben, ferner die Beschäftigung von weiblichen Personen unter 18 Jahren überhaupt und von weiblichen Personen über 18 Jahren zur Nachtzeit verbietet. Bundespräsident Schultheß erklärte, daß das Gesetz auf die Landwirtschaft keine Anwendung finden solle. Mit diesem Gesetz erfolgt der Beitritt der Schweiz zu den entsprechenden Beschlüssen der Washingtoner Arbeitskonferenz.

Der Stahlhelmbund. Eine der reaktionären Privatorganisationen beschäftigungsloser Militaristen ist vom Oberkommandierenden der Düsseldorfer Besatzungstruppen aus Gründen der Sicherheit verboten worden.

Béla Khun bolschewistischer Oberkommissar. Es bestätigt sich, daß Béla Khun, der frühere Diktator Ungarns, zum Oberkommissar der Sowjetregierung in der Krim ernannt worden ist.

Industrielle Krise in Spanien. Aus Barcelona wird gemeldet: 140 Fabriken, die 20 000 Arbeiter beschäftigen, mußten geschlossen werden; weitere 420 Fabriken mit insgesamt 50 000 Arbeitern setzten die Arbeit auf die Hälfte der Zeit herab.

Groß-Berlin

Verfehlte Liebesmüh!

Aus Hermsdorf-Waidmannslust wird uns geschrieben:

Wie die **Kommunisten versuchen, unsere Reihen mit ihren Keimzellen zu durchsetzen,** zeigt folgender Vorfall:

Eine Konferenz der K. A. P. D. und der V. K. P. D. der Orte Waidmannslust-Hermsdorf beschäftigte sich am 1. Feiertag mit der gegenwärtigen Situation, wie sie durch den Putsch in Mitteldeutschland erzeugt worden ist. Die auf dieser Konferenz zwischen diesen Parteien erzielte Verständigung, glaubte man nun am anderen Tage fortsetzen zu müssen. Es erschienen zwei Genossen der V. K. P. D. bei dem Leiter unseres Bezirks und ersuchten ihn, die Mitglieder der U. S. P. D. beider Orte zu einer Aussprache einzuladen. Da wir ein Interesse daran hatten, den Kommunisten das Widersinnige ihres Treibens vor Augen zu halten, nahmen einige Funktionäre an dieser Besprechung teil. Sie fand am 2. Feiertag, vormittags 10 Uhr, im Schweizerhaus statt. Die Kommunisten beider Richtungen waren vollzählig erschienen. Was wir erwartet hatten, traf ein. Luscher als Leiter der V. K. P. D. versuchte uns, ein Referat über die Undurchführbarkeit der Sanktionen zu halten, um in diesem Zusammenhang den Putsch in Mitteldeutschland zu rechtfertigen. Auf Einspruch unserer Genossen mußte er aber abbrechen und rund heraus erklären, welchen Zweck diese Zusammenkunft haben sollte. Man fragte uns nun, ob wir die Haltung unserer Parteileitung und die Schreibweise der „Freiheit" gutheißen können und ob wir die Bewegung in Mitteldeutschland auch für einen Putsch halten.

Genosse Reichel gab darauf folgende Erklärung ab: Wir sehen in der in Mitteldeutschland vorgenommenen Polizeiaktion keinen Grund zu einer bewaffneten Aktion der Arbeiterschaft. Die von den Kommunisten künstlich auf die Spitze getriebene Bewegung halten wir für einen Putsch, weil die gesamte Arbeiterschaft nicht Trägerin dieser Bewegung ist. Damit decken sich unsere Ansichten mit der unserer Führer und der Schreibweise der „Freiheit". Wir lehnen auch in Zukunft die Teilnahme an Aktionen ab, welche nicht von der Gesamtarbeiterschaft getragen werden. Um weitere Arbeiterleben zu schonen, gab er den Kommunisten den dringenden Rat, den Putsch so schnell wie möglich abzubrechen. Diese Ausführungen suchte Schröder (V. K. P. D.) zu widerlegen. Genosse Richard Scholz ergänzte noch die Ausführungen des Genossen Reichel in vorzüglicher Weise, indem er kundgab, daß weitere Spaltungsversuche der K. P. D. an uns vergebens sind und erklärte nunmehr unsere Mission für erledigt, was eine starke Unruhe bei unseren linksstehenden Brüdern hervorrief. Der Verständigungswille derselben zeigte sich recht drastisch bei unserem Verlassen des Saales, indem die üblichen Drohungen und Schimpfereien über uns ausgeschüttet wurden.

Warnung vor Neppern!

Vor dem Kriege kam es nicht selten vor, daß Straßenpassanten von Leuten angesprochen wurden, die recht geheimnisvoll einen Ring oder andere Schmuckgegenstände zum Kauf anboten. Die Verkäufer stellten den Verkauf ihrer Sachen meist darum so billig hin, weil sie sich angeblich in bitterer Not befänden, oder sie ließen dem Kauflustigen gegenüber durchblicken, daß die Ware aus einem Diebstahl herstamme. Gewöhnlich traf beides nicht zu, sondern es handelte sich um billige Fälschungen, die in jedem Laden für wenige Groschen zu kaufen waren. Fiel jemand auf solches Angebot herein, so hatte er sein Geld weggeworfen. Nur selten gelang es der Polizei, solche Ringnepper zu erwischen. Unter den Geschädigten fielen besonders die „Provinzler" auf diesen Trick herein. Die Berliner, „helle" wie sie sind, wußten sich solcher Angebote zu erwehren, auch dann, wenn diese, wie es manchmal in abgelegenen Straßen vorkam, mit Drohungen begleitet wurden.

Die Gegend um die Pfandkammern in der Neuen Schönhauser Straße war das beliebteste Tätigkeitsfeld dieser Burschen. Auf die Dauer wurde den Neppern aber die „Belästigung" durch die polizeilichen Razzien unbequem, sie verlegten den Schauplatz ihrer Tätigkeit und gingen an anderen Stellen auf „Gimpelfang" aus. Daher kommt es, daß man jetzt an vielen Stellen der Stadt wilde Stoffhändler beobachten kann. Stoff ist jetzt für diesen Zweck der beliebteste Artikel, weil viele Händler durch erhebliche Preissenkung versuchen, auf diese Weise ihre Ware noch zu hohen Preisen loszuwerden. Sie senden zu diesem Zweck Agenten aus; gewöhnlich „arbeiten" mehrere zusammen, einer stellt sich an der Straßenecke auf und macht den Verkäufer, während der Zweite den Kauflustigen und Sachverständigen mimt. Wenn dann Passanten den Kauf beobachten, interessiert stehen bleiben, und schließlich ihrerseits noch um eine Begutachtung der Ware angegangen werden, dann ist ihre Erwartung erfüllt. Bedarf an Stoffwaren hat ja heute jeder; dadurch gelingt es dann leicht, jemand zu überzeugen, daß es sich um ein fabelhaft billiges Angebot handelt.

Bei gründlicher Nachprüfung stellt es sich heraus, daß es sich um Ware handelt, die alles andere wie preiswert ist. Es handelt sich um billigen Schund, der in jedem Laden erheblich billiger zu haben ist. Aus diesem Grunde kann vor solchen wilden Händlern nicht genügend **gewarnt werden.**

11. Verwaltungsbezirk Schöneberg-Friedenau. Die Bezirksversammlung vom 4. April hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsteher Dr. Teuser teilte mit, daß hier die Demokraten und das Zentrum eine Arbeitsgemeinschaft bilden, was der S. P. D. zu einer lebhaften Debatte Anlaß gab. Der Bezirksverordnete der S. P. D., Eichelhardt, welcher aus der Partei ausgetreten ist, hatte sein Mandat niedergelegt, deswegen wurde als sein Nachfolger Herr Rathmann eingeführt. Alle Anträge der U. S. P. wurden einem Ausschuß überwiesen. Bei der Wahl von Bezirksdeputationen setzten wieder die reaktionären Parteien ihre **Wünsche durch, um die Mitarbeit der Arbeiterschaft zu verringern.**

---

klassisch schön. Sein Expressionismus hat alten Goldschnitt. Koriner packte wieder durch seine Wildheit und Dämonie. Doch war er in der Enthüllungsszene nicht verstehender Mensch genug. Wie im Drama war auf der Bühne das Frauenelement das schönste. Die Seidel und die Hofer brauchten nur weiblich zu sein, und der Rest spielte sich von selbst. Mit einem dunkel verlangenden und doch scheuen Blick gab die Seidel die Liebessehnsucht der gelähmten Sabine im Rollstuhl (das Gelähmte hätte sie irgendwie ausdrücken müssen), während die Hofer Mutter- und Liebesglück mit einem holden Lächeln des Glücks bedenkenloser und sündenfreier Lebensfreude spielte.

Felix Stössinger

Franz Werfel liest vor. Es ist ein sonderbares Erlebnis, einen Dichter seine Gedichte vorlesen zu hören und zu sehen. So manches Mal habe ich über den Büchern von Franz Werfel gesessen: in einsamen Stunden, in dunklen Stunden, im Schützengraben, im Lazarett, im Gefängnis, in der Eisenbahn — alle Gefühle der Welt mit diesem Dichter mitfühlend, mitleidend: den Zorn, den Haß, die Empörung, den Ekel, die Zuversicht und die Verzweiflung, die Demut und die Eitelkeit, den Kampf, die Liebe und die Freude — mit leidend dies alles, ein Schluchzen in der Kehle. Wie oft haben wir so gesessen mit Werfels Büchern in der Hand!

Und nun sitzt der Mann, der das schuf und schrieb, da oben und liest aus seinen Büchern vor. Mit lauter und leiser Stimme, singend und keuchend, mit den Händen Worte und Gestalten in der leeren Luft nachformend, beschwörend und beschreibend, auf seinem Stuhl wie vom Fieber geschüttelt sich hin und her wiegend, Schweißtropfen auf der Stirn, um Gehör, um Verständnis, um Mit-leiden kämpfend, bittend, bettelnd: der erhabene und lächerliche Schöpfer einer Welt, erhaben und lächerlich wie ein Gott; wie ein Vater, wie die Schöpfung, die Zeugung selbst.

Man sieht den Mann an und hört zu.

Hans Siemsen

Direktionskrise in der Nationalgalerie. Wie wir hören, hat Geheimrat Justi unerwartet Urlaub genommen und die Direktionsgeschäfte bis auf weiteres dem Professor Dr. Kern übertragen. Ohne Zweifel hängt dieser Schritt damit zusammen, daß die Ministerialbeamten auch den Sammlungen der Nationalgalerie gegen den Willen des Direktors die neuen Eintrittsgelder auferlegt haben. Die „Vossische Zeitung" hofft, daß die Verstimmung beigelegt werden wird. Wir hoffen vielmehr, daß sämtliche Berliner Museumsdirektoren, die geschlossen gegen die Einführung der Eintrittsgelder waren, so mutig sein werden wie Justi und ebenfalls die Direktion niederlegen werden. Sie würden damit nur beweisen, daß ihnen die Museen als Volkskunststätten höher stehen als die Beliebtheit beim Ministerium. Das Ministerium würde dadurch sowieso gezwungen werden, seine eigensinnige Maßnahme, die von der gesamten Presse ohne Unterschied der Parteien kritisiert worden ist, zurückzunehmen.

Immer wieder Zensur. Beim Otto Wersen-Verlag, Berlin, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die von Friedhardt Worm herausgegebene grotesk-satirische Publikation „Das Bordell", die nur literarische Beiträge enthält, beschlagnahmt. Die Umschlagzeichnung von Ludwig Wrenkow sowie der Inhalt sollen „geeignet" sein das Sittlichkeitsempfinden „gröblich" zu verletzen. Dabei handelt es sich nur um eine literarische Publikation mit revolutionärem Einschlag, die der Spießer weder verstehen noch lesen wird. Die illustrierten Schweinigeleien der Bourgeoisie werden dagegen ungehindert auf der Straße verkauft!

Der Luftbedarf des Menschen beträgt in der Minute 5—7 Liter, bei starker Arbeit etwa 20, ausnahmsweise auch bis 40 Liter. In den Steinkohlengruben ist aber durch die Bergpolizeiverordnungen eine Luftmenge von mindestens 2—3 Kubikmeter auf den Arbeiter vorgeschrieben, und zwar weil die schädlichen Gase, die in der Grube entstehen oder aus dem umgebenden Gebirge in die Stollen eindringen, bis zur Unschädlichkeit verdünnt werden müssen.

Tages-Notizen

Neues Volkstheater. Die Premiere von „Rose Bernd" findet nicht am Freitag, sondern erst am Sonnabend, den 16. April, statt. Sonnabend, 9. April, wird statt „Perikles von Tyrus", „Der Passat", Sonntag „Jugendfreunde" gegeben.

Die Museumspreise. Von heute ab wird für gewisse Tage der Woche in der National-Galerie und den ihr unterstellten Sammlungen des Kronprinzenpalais und der Bildnissammlung Eintrittsgeld erhoben, und zwar für die National-Galerie Montag 5 M., Dienstag, Mittwoch und Donnerstag je 2 M.; für das Kronprinzenpalais Montag 5 M., Donnerstag, Freitag und Sonnabend je 3 M.; für die Bildnissammlung Montag 5 M., Dienstag, Freitag und Sonnabend je 2 M.; an allen übrigen Tagen ist der Eintritt in die genannten Institute unentgeltlich.

Für Beamte der Museumsverwaltung, Hochschullehrer, soweit ihre besonderen Fachinteressen dies verlangen, und eine bestimmte Anzahl von Pressevertretern werden Freikarten ausgegeben, für Studierende der deutschen Hochschulen und Kunstlehranstalten, ferner berufliche Interessenten, soweit sie sich besonders ausweisen können, Semesterkarten zu 10 und Jahreskarten zu 30 M. Ausländer zahlen die doppelten Sätze. Bei amtlich zugelassenen Führungen, die nur an den Zahltagen stattfinden dürfen, wird für die Einzelführung und Person eine Gebühr von 1 M. erhoben. Bei Schulen für die Person eine Gebühr von 0,50 M.

Die Semester- und Jahreskarten sind für alle Staatlichen Museen sowohl beim Bureau der Generalverwaltung im Untergeschoß des Alten Museums wie beim Bureau der National-Galerie erhältlich.

Deutscher Monistenbund. Freitag spricht im Werner-Siemens-Realgymnasium, Hohenstaufenstr. 47-48, 7 Uhr, Prof. Kiesel über „Entwicklungstheorie und Entwicklungspraxis.

Bund der Atheisten. Der in der Kirchenaustrittsbewegung vielfach hervorgetretene Bund der Konfessionslosen hat zur besseren Kennzeichnung seiner Ideen seinen Namen in „Bund der Atheisten" umgewandelt. Der Bund hält seine Sitzungen an jedem zweiten Montag im Monat im Berliner Ratskeller ab, wo Gäste stets gern willkommen sind. Geschäftsstelle: Dr. Zepler, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 53.

Kunstnachrichten. Für die Weimarer Märzgefallenen hat Walter Gropius, der Leiter des staatlichen Bauhauses, ein Denkmal entworfen, das von der sozialdemokratischen Kommission angenommen worden ist. — Das Berliner Kupferstichkabinett hat ein köstliches kleines Werk des Regensburger Renaissancemeisters Albrecht Altdorfer erworben, eine entzückende kleine Landschaft. Damit ist die Zahl der Werke dieses großen Meisters, die Berlin besitzt, wieder um ein wertvolles Stück vermehrt worden.

Das Bezirksamt 17 übernimmt mit dem 8. d. M. die Geschäfte der Gemeinden und Gutsbezirke des Verwaltungsbezirkes 17. Die Geschäfte der früheren Gutsbezirke Biesdorf und Wuhlgarten gehen mit diesem Tage auf die ehemalige Gemeinde Biesdorf über. Der Gutsvorsteher von Hellersdorf wird auch weiterhin im Auftrage des Bezirksamtes tätig sein. Zu örtlichen Dezernenten sind bestellt: Bürgermeister John für Mahlsdorf, Stadtrat Weiß für Friedrichsfelde, Stadtrat Witzke für Biesdorf, Stadtrat Fischer für Kaulsdorf, Stadtrat Dr. Siggel für Marzahn und Hellersdorf; und zu deren ständigen Vertretern ernannt: Obersekretär Buchholz für Mahlsdorf, Bureaudirektor Heilscher für Friedrichsfelde, Gemeindesekretär Leetz für Kaulsdorf, Gemeindesekretär Luckner für Biesdorf und den ehemaligen Gemeindevorsteher Müller für Marzahn.

Die Frage der Höchstmieten. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, einen zehngliedrigen Ausschuß zu wählen, und zwar je zur Hälfte aus Hausbesitzern und Mietern bestehend, der beauftragt werden soll, die vorliegenden Anträge zur Aenderung der Höchstmietensätze zu prüfen und neue Vorschläge zu machen. Der Magistrat, der an Stelle des Wohnungsverbandes nun die Höchstmieten festzusetzen hat, wird dann endgültig die für Berlin gültigen Sätze feststellen.

Ungerechte Wohnungsverteilung. Wir werden um die Wiedergabe des nachstehenden Falles gebeten, an dem trotz Nachprüfung des Wohnungsamtes nichts geändert wurde: Trotz der großen Wohnungsnot und der vielen Wohnungsämter ist es immer noch alleinstehenden Damen möglich, eine Wohnung, bestehend aus drei Zimmern und Küche zu bewohnen, während Familien von größerer Personenzahl in engen Löchern zusammengepfercht leben müssen. Die Dame ist Telephonistin und hat trotz ihrer christlichen Gesinnung erklärt, lieber die Wohnungsluxussteuer zu zahlen, als einem ihrer notleidenden Mitmenschen auch nur ein Zimmer abzutreten. Da das zuständige Wohnungsamt nichts unternimmt (es handelt sich um eine Wohnung in der Bandelstr. 12, 1 Tr. l.), muß man wohl annehmen, daß es mit einer solch ungerechten Raumverteilung einverstanden ist, was das Vertrauen zu den Wohnungsämtern gewiß nicht erhöhen wird.

Ein Gattenmord nach 2½ Jahren aufgedeckt. Ein geheimnisvolles Verbrechen, dem vor 2½ Jahren auch in Berlin nachgespürt wurde, ist jetzt in Recklinghausen aufgeklärt worden. Dort wohnte ein Bergarbeiter mit seiner Frau in einer Kolonie, die aus Zweifamilienhäusern besteht. Eines Tages, vor 2½ Jahren, verschwand die Frau. Der Mann erzählte, sie sei über Berlin nach ihrer polnischen Heimat zurückgekehrt. Später teilte er mit, die Frau sei in Polen gestorben. Es gelang dem Manne, sich Urkunden zu verschaffen, die ihm eine zweite Heirat ermöglichten. Vor einiger Zeit fiel der zweiten Frau auf, daß die Tür zu einem Nebenkeller ihres Hauskellers vermauert war. Der Mann erklärte das damit, daß in dem Raume nur Lehm und anderes Zeug liege. Das fand die Frau auch bestätigt, als sie ein Loch in die Wand brauch. Weil sie den zweiten Keller zum Lagern von Kartoffeln benutzen wollte, bat sie ihren Mann, ihn zu räumen. Das tat er erst auf wiederholtes Bitten und dann endlich in ihrer Abwesenheit, als sie auf ein paar Tage verreist war. Statt jetzt aber die Kartoffeln einzulagern, füllte er den Keller wieder mit schweren Holzkloben. Das machte die Frau mißtrauisch. Sie sprach darüber mit einer Nachbarin, und diese erzählte ihr von dem auffälligen Verschwinden seiner ersten Frau, und auch davon, daß der Mann damals Frauenkleider verkauft habe. So bekam auch die Polizei Veranlassung, sich erneut mit dem Verschwinden der Frau zu beschäftigen. In Abwesenheit des Mannes durchsuchte sie den Keller und fand in einer Tiefe von 1½ Metern die Leiche der ersten Frau vergraben. Jetzt wurde der Bergmann verhaftet. Angesichts des Fundes gestand er, seine Frau getötet zu haben. Er behauptete, daß er die Frau im Streit die Kellertreppe hinabgeworfen und dann unten im Keller mit einem Hammer erschlagen habe.

Ein schwindelhafter Polizeiwachtmeister, der von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht wurde, ist von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um einen Schlosser Zimmermann, der unter den verschiedensten Namen auftrat. Unter dem Namen Harry Franke verübte der Schwindler Betrügereien in Duisburg. Die Ermittelungen ergaben, daß er diesen Namen erst angenommen, nachdem er sich unter dem Namen Hoffmann verheiratet hatte. Eine Zeitlang trat er dann unter dem Namen Wungwitz auf, nachdem er sich die Papiere eines Ulanen dieses Namens irgendwie verschafft hatte. Auf Grund eines Militärpasses gelang es dem Verfolgten unter dem Namen Adolf Meyer bei der staatlichen Polizei in Cöln als Wachtmeister anzukommen. Hier blieb er jedoch nur einen Tag. Gleich in der ersten Nacht stahl er den Kameraden für 10 000 Mark Kleidungs- und Ausrüstungsstücke und verschwand damit. Er wandte sich mit der Beute nach Berlin und wurde hier ermittelt und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Trocken und vielfach heiter, nachts sehr kühl, um Mittag ziemlich warm, bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Arbeitersport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Fahrten am Sonntag, den 10. April: Abt. Schöneberg: Zossen—Motzensee. Treffpunkt 7.15, Bahnhof Yorkstraße. Abt. Wedding: Strausberg—Erkner. Abf. 6 Uhr, Schles. Bahnhof. Abt. Weißensee: Fahrt durch das Blumenthal. Treff: Sonnabend, 6.15 Uhr, Schles. Bahnhof. Abt. Weißensee: Königswusterhausen—Neu-Zittau. Treff: 6 Uhr, Bahnhof Weißensee. Abt. Süd-West: Borgsdorf—Meißnershof. Treff: 5/8 Uhr, Stettiner Vorortbahnhof. Abt. Norden: Jugendwanderung Tegel—Lindheim, 7 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. Abt. Norden: Kinderwanderung nach Buch. Treff: 7.30 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen.

„Der Rhein in Wort und Bild". Lichtbildervortrag des N.-R.-B. am Freitag, den 8. April, abends 7 Uhr, im Reform-Gymnasium, Neukölln, Boddinstr. 34-38. Konzert. Rezitation.

Gewerkschaftliches

Wertheim erwirkt Einhaltsbefehle

Die Firma A. Wertheim hat im Februar eine Angestellte, Irma Schulz, zum 31. März gekündigt und in der Folgezeit zur Disposition gestellt. Diese Tatsache gab dem Zentralverband der Angestellten die Veranlassung, sich mit der Angelegenheit in einer Betriebsversammlung der Angestellten des Hauses Wertheim zu beschäftigen. Auf Grund dieser Versammlung und eines Einladungszettels hat die Firma A. Wertheim gegen den Zentralverband der Angestellten, sowie seine Beamten Bublitz, Licht und Wille eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der den Beamten sowie dem Verbande untersagt wird, zu behaupten, daß die Angestellte Schulz wegen ihrer Betätigung für die Organisation entlassen worden sei. Inzwischen ist dem Zentralverband der Angestellten und den genannten Beamten eine Klage der Firma Wertheim zugestellt worden, wegen Untersagung und Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 50 000 M. Auf die Einzelheiten dieser Klage werden wir später noch näher eingehen. Mit dieser Notiz soll der Oeffentlichkeit lediglich zur Kenntnis gebracht werden, in welcher Weise die Firma Wertheim gegen die Organisation der Angestellten und ihre Vertreter Stellung nimmt. Ob das aus eignem Antriebe oder auf Veranlassung der Arbeitgeberorganisation geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir möchten allerdings schon heute zum Ausdruck bringen, daß nach unserer Auffassung der Schritt, den die Firma hier gegen die Interessenvertretung der Angestellten unternommen hat, uns nicht gerade geeignet erscheint, die Beziehungen zwischen den Angestellten der Firma Wertheim und der Geschäftsleitung zu bessern. Uns will scheinen, als wenn auf diesem Wege der Versuch unternommen werden soll, die Angestelltenvertretung in der Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Angestelltenschaft zu behindern. Der Erfolg dieser Maßnahme der Firma Wertheim wird lediglich der sein, daß sich die Angestellten nunmehr um so entschiedener hinter die Organisation stellen und damit alle Angriffe auf das Koalitionsrecht abschlagen werden.

Nachdem vor Jahresfrist die Anwälte gegen ihre anständigen Angestellten sich amerikanische Methoden zugelegt haben, versucht nun Wertheim mit Hilfe der Justiz, dem Koalitionsrecht ein Schnippchen zu schlagen. Dieser reaktionäre Anschlag muß rechtzeitig und entschieden abgewehrt werden, soll nicht amerikanische Rechtsprechung bei uns Heimatrecht finden.

Ordnungsstützen als Verächter des Strafgesetzes

Am Mittwochmorgen ersuchten Streikposten der Friedhofsarbeiter vor dem Thomasfriedhof in der Hermannstraße zu Neukölln drei Streikbrecher, angeblich technische Nothelfer, sich als solche auszuweisen. Plötzlich trat der anscheinend ihrer schon wartende Sohn des Friedhofsinspektors Starke, früherer Offizier und jetziger Student der Rechte, hinzu und hielt mit den Worten: **„Acht Schuß sind drin, die kriegen Sie in den Kopf",** einen schußfertigen, entsicherten Revolver dem Arbeiter Kottke entgegen. Der Vater dieses Totschlägerstudenten besaß später obendrein noch die Frechheit, den Bedrohten in einem Lokal mit der Feststellung seiner Personalien durch einen Sicherheitspolizisten zu belästigen. Soweit sind wir also bereits gekommen, daß Arbeiter, die von ihrem Rechte des Streikpostenstehens in ruhiger Weise Gebrauch machen, von einem Angehörigen gerade dieser Kreise, die zum Schutze des Rechtes berufen sein sollten, auf **offener Straße mit dem Tode bedroht werden.** Neben den bereits zum Himmel stinkenden Zuständen auf den Friedhöfen selbst, werden nun gar schon mit solchen zum Himmel schreienden Ausschreitungen Menschenleben in Gefahr gebracht. Selbstverständlich ist dem Staatsanwalt Gelegenheit gegeben, sich für diesen Vorfall zu interessieren. Den Kirchenbehörden empfehlen wir, gewissen Friedhofsinspektoren und deren hoffnungsvollen Söhnen eine besondere Epistel über das fünfte und einige andere Gebote zu lesen.

Berichtigung. Von einzelnen Arbeitern der früheren Belegschaft der Firma Ambi, Waggonbau, Johannisthal, wird in den Arbeitsnachweisen und Versammlungen das Gerücht verbreitet, wonach die von der Fa. Ambi nach dem 15. 3. 21 wieder neu Eingestellten als Streikbrecher bezeichnet werden. Wir weisen diesen Vorwurf ganz entschieden zurück und fühlen uns zu folgender Richtigstellung veranlaßt: Die Belegschaft hatte Mitte Dezember die Forderung von 7,50 M. pro Stunde für gelernte und 7,20 M. für ungelernte Arbeiter bei der Firma gestellt. Nachdem diese Forderung von der Firma abgelehnt wurde, trat die Belegschaft am 28. 12. 20 in den Streik, welcher damit endete, daß die Firma eine Frostzulage von 2,70 M. bewilligte, welche den Verheirateten gleich ausgezahlt wurde. Den Unverheirateten wurden nur 1,50 M. gleich ausgezahlt und die fehlenden 1,20 M. in Raten, die letzte sollte am 15. 3. 21 ausgezahlt werden. Am 22. 2. 21 erhob die Schmiede abermals die Forderungen, und am Sonnabend den 26. 2. 21 sollte vormittags die Verhandlung stattfinden. Kurz vor 11 Uhr ließ die Firma den Betriebsrat rufen und teilte ihm mit, daß die gesamte Belegschaft entlassen ist. Die Belegschaft kam darauf zusammen, und von der Schmiede wurde erklärt, daß sie in diesem Augenblick die Forderung fallen läßt und sich die Angelegenheit der Allgemeinheit zu eigen macht. Ein Streik kam also nicht in Betracht. Der angerufene Demobilmachungskommissar und das Verkehrsministerium erkannten die Betriebs-Stillegung als zu Recht bestehend an. Am 15. 3. 21 wurde der Betrieb unter Zugrundelegung des Schiedsspruches der Metallindustrie wiedereröffnet. — Auch wird die Behauptung aufgestellt, daß die jetzige Arbeitervertretung die Auslese unter der Arbeiterschaft vornimmt. Auch diese Verleumdung müssen wir zurückweisen, da die einzelnen Abteilungsleiter die einzelnen Arbeiter vorschlagen. Wir hoffen, daß diese Zeilen zur Klärung der Angelegenheit beitragen.

Die Arbeitervertretung: gez. Begell.

Zum Streik der Friedhofsarbeiter. In überfüllter Versammlung waren Dienstag abend die streikenden Friedhofsarbeiter zusammengekommen, um den Bericht über die von dem Demobilmachungskommissar angebahnten Verhandlungen entgegenzunehmen. In kurzer, sachlicher Darstellung schilderte Lehmann den Gang der Ereignisse, die Bemühungen auf Beilegung des Streiks und gab die Bedingungen bekannt, die seitens der führenden Scharfmacher im Priestergewand den Arbeitern zugemutet werden. Wie bereits berichtet, waren dieselben völlig unannehmbare, so daß die kaum begonnenen Verhandlungen sofort scheiterten. In der Aussprache kam übereinstimmend eine tiefe Erbitterung über das zynisch-kalte, den brutalsten Unternehmerstandpunkt noch übertreffende Verhalten der Vertreter christlicher Gemeinschaften zum Ausdruck, die in einer entsprechenden Entschließung niedergelegt wurde, welche einstimmige Annahme fand. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, im Kampfe auszuharren und diesen in schärfster Weise weiterzuführen. Von mehreren Rednern wurde berichtet, daß die **technische Nothilfe sich immer mehr als tatsächliche Streikbrechergarde betätige, indem sie Arbeiten verrichte, die über Notstandsarbeiten weit hinausgehen.** Von der Streikleitung wurden Gegenmaßnahmen verlangt und zugesagt.

Knorr-Bremse. Die ausgesperrten Kollegen werden gebeten, sich am Freitag, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags, bei Blume, Bockshagener Str. 62, in Listen eintragen zu lassen.

Aus den Organisationen

Freitag, 8. April

10. Distrikt. 4. Abteilung. 7½ Uhr Funktionärkonferenz. Pünktliches Erscheinen notwendig.

11. Distrikt. 3. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Hollsch, Stralsunder Str. 43.

11. Distrikt. Die Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission 7 Uhr Sitzung bei Dams, Schlegelstr. 9.

14. Verwaltungsbezirk, Neukölln, Britz, Buckow. Agitationskommission. Umständehalber findet die Tourenführersitzung erst am Freitag, pünktlich 6½ Uhr, bei Fößl, Steinmetzstr. 98, statt.

16. und 17. Distrikt. Abends 8 Uhr Sitzung der Zeitungskommission in der Spedition Gentherstr. 34. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Sonnabend, 9. April

12. Distrikt. Abends 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Dychener Straße 8.

Neukölln, Britz, Buckow, Rudow. (14. Verwaltungsbezirk.) Abends 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Rathaus Neukölln. Sämtliche Bezirksführer müssen erscheinen.

Vereinskalender

Donnerstag, 7. April

Arbeiter-Samariter-Kolonne, Abt. Schöneberg-Friedenau. Vortrag des Herrn Dr. Messing über Geschlechtskrankheiten, abends 7 Uhr, in der 8. Gemeindeschule Rubensstraße.

Freitag, 8. April

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirks-Verein Charlottenburg I. Abends 8 Uhr, Hohenzollernsäle, Berliner Str. 105, Mitgliederversammlung mit Damen. Wahl der Vertrauensleute aller Betriebe für die Fachgruppen. Vortrag über Leichenverbrennung: Ref. H. Müller, Vors. d. Vereins.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirks-Verein Berlin II. Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 313, Vortrag.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Abends 8 Uhr in den Berliner Vereins- und Konzertsälen, Kommandantenstr. 58-59, Versammlung der Lithographen und Steindrucker. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen.

Arbeitsgemeinschaft soz. Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirkes. Der dritte Vortragsabend der Frau Dr. Krische über „Entstehen der Welten" findet abends 8 Uhr in der Realschule Steglitz, Am Stubenrauchplatz, statt.

Lichtenberg. Soz. Proletarierjugend. Gruppenversammlung bei Gehrke, Kronprinzenstr. 47, Ecke Scharnweberstraße, pünktlich 7 Uhr.

Zentralverband der Angestellten. Nahrungsmittel-Großhandel: 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Ortsbureau, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Bäckereien: 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Ortsbureau, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Textil-Bekleidung: 7 Uhr Fachgruppenversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelmstr. 31. — Warenhäuser: 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Ausschank, Hasenheide 29-31. — Chemie, Industrie und Großhandel. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Sonnabend, 9. April

Der Turnverein „Fichte" veranstaltet in den Gesamträumen der Bockbrauerei, Fidicinstraße, einen großen Varieté-Abend. Sämtliche Nummern des Programms werden von Vereinsmitgliedern gestellt. Um recht regen Besuch seitens der Arbeiterschaft Berlins wird gebeten.

Cöpenick. Auf die abends 7½ Uhr im großen Saale des Stadttheaters stattfindende „Schulentlassungsfeier" wird ganz besonders hingewiesen. Karten 1,50 Mark an der Abendkasse. Kinder frei. Reichhaltiges Programm. Freireligiöse Gemeinde Cöpenick.

Sonntag, 10. April

S. P. J. Groß-Berlin. Abends 7 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, Sitzung. Alle Genossinnen und Genossen, die am Maifest mitwirken wollen, werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Chorgesang, Sprechchor und Mandolinenkapelle.

S. P. J., Gruppe Osten und Zentrum. 7 Uhr früh Treffpunkt zur Wanderung Frankfurter- Ecke Memeler Straße.

Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Norden. Morgens 7 Uhr Kinderwanderung. Treffpunkt Bahnhof Gesundbrunnen.

Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Bezirk Norden I. Vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von C. Schuhmann, Stettiner Str. 11. Gäste willkommen.

Montag, 11. April

Treptow-Baumschulenweg. Abends 7 Uhr findet bei Noges, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 14, die übliche Funktionärkonferenz mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Stoffe

für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1883. Gertraudtenstr. 20-21 Gegr. 1883.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Aliments-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach-Alexanderstr. 45 Gesellsch. (geg. Tietz) 8-7. Glänz. Erfolge. Beobacht. Mitw. nahm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssache.

Billig! Billig! Röcke, Mäntel, Blusen, Kleider verkauft Strehlow, Treskowstr. 21

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 1.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Alte, bekannte **Möbelfabrik,** liefert vertrauenswürdigen Leuten unter der Bedingung gegenseitiger Diskretion **komplette Wohnungseinrichtungen** zu günstigen **Zahlungsbedingungen**. Offerten unter V. 70 a. Exp. d. „Freiheit", Berlin C 2

Botenfrauen stellt sofort ein **Ausgabe Johannisstraße** (Ecke Artilleriestraße)

Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Für die demnächst stattfindenden **Neuwahlen der Betriebsräte** empfehlen wir

Das Gesetz über Betriebsräte
mit Wahlordnung und Anhang.
Erläutert von G. Aufhäuser. / Preis 4 M.

Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz
Preis 50 Pfennig.

Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb
Von Rudolf Weck, Arbeitersekr. Preis 2.50 M.

Voranzeige:
In den nächsten Tagen erscheint
Handbuch für Betriebsräte
Von Rud. Weck, Arbeitersekr. in Königsberg Pr.
Unentbehrlich für Betriebsräte, Obleute, Gewerkschaftsfunktionäre und Beisitzer von Schlichtungsausschüssen.
Preis für die Organisationen 10.— Mark (im Buchhandel 15.— Mark).

Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Briefmarken kauft Großmann, Johannisstr. 4. Zugang v. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10621

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gardinenhaus, Jannowitzbrücke. Am 6. d. Mts. beginnt obengenannte Firma mit einem großen Eröffnungs-Verkauf, wie er in der Billigkeit und in der Güte der unten angeführten Waren noch nie dagewesen ist. Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit: Scheibengardinen, gute Qualität 45, 65, 95 Mk., mit Querbehang 75, 105, 125 Mk. Künstlergardinen, dreiteilig, in weiß und creme, Fenster 95, 125 bis 200 Mk. Madrasgardinen, dreiteilig, in waschechten Farben, Fenster 145, 165 bis 300 Mk. Halb-Stores, entzückende Muster, schon von 55.— Mk. an. Bettdecken ein- und zweibettig 95, 120 bis 250 Mk. Gardinenstoffe in allen Breiten, große Auswahl vorhanden. Um uns einen dauernden und großen Kundenkreis anzuwerben zu können, gewähren wir trotz unserer billigen Angebote 5% und Fahrtvergütung! Gardinen-Gelegenheitskäufe Holzmarktstraße 71, 2. Etage, direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bettwäsche billig, weiß und bunt. Deckbettbezug 46.—, Kissen 14.—, Laken 25.—, Inletts 110.—, Wäschestoffe, Handtücher, Engrospreise. Jetzt allergünstigste Einkaufsgelegenheit. Riesige Auswahl, Fahrtvergütung. Wäschefabrik Prälatstraße 29 (Hasenheide).

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße. Täglich Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Smoking- und Frackanzügen von 150 M. an, Schlüpfern, Raglans z. spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Anzüge, hochelegante, infolge billigster Stoffgroßkäufe, geringster Unkosten, 400.—. Extraanfertigen. Stoffverkauf. Warme Empfehlungen! Werkstatt Elsasserstraße zwanzig, hochparterre.

Herrenanzüge! Hosen! Sensationell herabgesetzte Spottpreise! Keine Versatzware! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof, Hochbahnhof).

Möbel

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 350.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer, Meicke, Augustastr. 52a, Dugb.

Möbel, gebrauchte und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Chaiselongues 200.— bis 875.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 120.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Parteigenossen! Möbel liefert billig und gut Möbelkaufhaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 143/144 (Inh. langjährig organisiert).

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Damenrad, Herrenrad kauft Kraus, Gr. Frankfurter Str. 52.

Kaufgesuche

Kohoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 164.

Photoapparate, Prismengläser kauft Haller, Neue Königstr. 19c.

Sämtliche Altmetalle, auch Eisen, kauft „Metall-Einkaufsstelle", Weidenweg 72.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager kauft dauernd jeden Posten und zahle höchste Preise. Oberstraße 46 (Laden) Tel. Kgb. 2783.

Kugellager, Schmirgelleinen, kauft Zeumer, Hussitenstr. 44, vorn 4 Treppen.

Verschiedenes

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Achtung, Straßenhändler! Ausschußbälle verkauft Becker & Co., Oranienburger Str. 69.

Arbeitsmarkt

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Geschäfts-Verkäufe

Innerhalb einiger Tage verkauft Ihr Geschäft. Oertel, Cadinerstr. 22. Königstadt 6553.

Ansiedelungen

Basdorf-Wandlitz, Acker u. Wald, Quadratrute 15 und 20, Anzahlung 100 Mark. Hälfen, Steglitz, Menckestr. 11, Fernsprecher 2894.